

Anspruch auf Teilhabe



© Oprentwell/Angeleke Steen

Das bedingungslose Grundeinkommen, für das die Publizistin und Aktivistin Adrienne Goehler in ihrem jüngsten Sammelband wirbt, wirft auch in der Corona-Krise einige Fragen auf. Ein Rezensionssessay

Von Ilja Braun



Open-Air-Performance in Potsdam für ein staatlich finanziertes Grundeinkommen für Künstler

des öffentlichen Nahverkehrs? Man kann sich vieles vorstellen, was auf einem direkteren Wege zu mehr Nachhaltigkeit führen würden als die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, und zwar mit klarer absehbaren Nebenwirkungen. Ist das Grundeinkommen wirklich so schwer zu begründen oder zu rechtfertigen, dass man um Sympathie dafür werben muss, indem man seinen Beitrag zur Rettung der Welt vor dem Klimawandel ins Feld führt? Es ist schwer vorstellbar, dass Grundeinkommens-Skeptiker auf diese Weise zu überzeugen sind.

Tatsächlich liegt hier eine Schwachstelle der gesamten Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen. Viele Aktivisten der «Bewegung» (denn es gibt durchaus eine aktivistische Bewegung, die das Grundeinkommen sozusagen «salonfähig» machen will) sehen es als ihre Hauptaufgabe an, andere von der guten Idee zu überzeugen. Deshalb gibt es unzählige Beispiele dafür, wie viel freier, glücklicher, sinnvoller und überhaupt besser wir alle mit einem Grundeinkommen leben würden. Dabei ist es gar nicht so schwer, Einigkeit darüber zu erzielen, dass es schön wäre, wenn jede*r ohne weitere Bedingungen im Monat 1000 Euro ausgezahlt bekäme. Übrigens ist es auch gar nicht so schwer zu erklären, wie das zu finanzieren wäre. Der Staat lebt von Steuereinnahmen, und natürlich setzt die Finanzierung eines Grundeinkommens, wie jede Umverteilungsmaßnahme, ein gerechteres Steuersystem voraus. Der Rest sind reine Rechenspiele, und auch davon gibt es viele. Ebenso verbreitet sind Beschwichtigungsargumente, um Kritik an der Idee zu begegnen. Besonders beliebt ist die Behauptung, es sei nicht zu befürchten, dass die Empfängerinnen und Empfänger eines bedingungslosen Grundeinkommens sich allesamt auf die faule Haut legen würden. Vielmehr hätten Versuche gezeigt, dass die meisten trotz gesicherten Einkommens noch «etwas Sinnvolles» tun wollten. Niemand soll auf die Idee kommen, das bedin-

gungslose Grundeinkommen könnte der Sargnagel für die protestantische Ethik sein.

Fehlende Gerechtigkeitsbegründung

Nun verdanken sich politische Veränderungen selten dem besseren Argument, und der Erfolg politischer Aktivisten ist nicht in erster Linie davon abhängig, wie stimmig ihre Forderungen sind. Andererseits wird die Diskussion über das bedingungslose Grundeinkommen mittlerweile seit 20 Jahren geführt, und sie tritt erkennbar auf der Stelle. Was fehlt, zumindest in der öffentlichen Debatte, ist eine Gerechtigkeitsbegründung, die es erlauben würde, ein Grundeinkommen nicht nur als irgendwie «bessere Lösung» vorzuschlagen, sondern es gesellschaftlich einzufordern, einen normativen Anspruch darauf zu erheben. Nur wenn das Grundeinkommen zwingend erschiene, wenn die Forderung sich aus gesellschaftlichen Entwicklungen herleiten ließe, die ein solches Umdenken erfordern, gewänne sie an Überzeugungskraft.

Am Rande einer Rezension lässt sich das nicht nachliefern, aber vielleicht nützt der Hinweis, dass André Gorz sich darum bereits vor 20 Jahren bemüht und verdient gemacht hat, zunächst in «Arbeit zwischen Misere und Utopie», wenige Jahre später in «Wissen, Wert und Kapital». Er warf damals die Frage auf, womit der Kapitalismus in Zukunft seine Gewinne erwirtschaften werde, wenn nicht mehr mit der Aneignung des in der Arbeit enthaltenen Mehrwerts. Denn dass die Arbeitskraft als Ware durch den technischen Produktivitätsfortschritt zunehmend entwertet wurde, sah Gorz bereits ganz deutlich. Seine Antwort lautete: nicht mehr durch Wachstum und Steigerung der Produktivität, sondern durch einen Raubbau am Gemeingut.



Adrienne Goehler:
Nachhaltigkeit braucht
Entscheidung braucht
Grundeinkommen.
Berlin: Paritas Verlag 2020,
356 S., 18 €

Dies begriff er in einem weiten Sinne. Er fasste darunter beispielsweise die Aneignung von tierischen und pflanzlichen Genen durch Patente, aber auch die Privatisierung von geistigen Schöpfungen durch Urheberrechte wie überhaupt die Kontrolle des Zugangs zu immateriellen Sphären. Zugleich sah der marxistische Philosoph voraus, dass wohl früher oder später eine Art «Konsumgeld» gezahlt werden müsste, um die Teilhabe der Arbeitenden am Wirtschaftsleben aufrechtzuerhalten, wenn diese mit dem Verkauf ihrer Arbeitskraft nicht mehr genug verdienten. Ein bedingungsloses Grundeinkommen war für ihn jedoch ein anderes Paar Schuhe. Es sollte die Frage beantworten, wie eine selbstbestimmte Tätigkeit möglich wäre, die sich der kapitalistischen Aneignung entzöge.

Teilhabe an privatisierten Gewinnen

Es lohnt sich, von heute aus auf diese Überlegungen zurückzublicken. Die Digitalisierung hat seitdem zu Produktivitätssteigerungen ungekannten Ausmaßes geführt, vor allem jedoch zu einer Beschleunigung des Kapitalumschlags. An den Finanzmärkten hängen die Gewinne zu einem großen Teil von der Geschwindigkeit der Datenleitungen ab, mit denen die Computer an die Handelssysteme angebunden sind. Sie beruhen erkennbar überhaupt nicht mehr auf Arbeit, sondern es sind Profite aus Gewinnmargen. Obwohl diesen Handelswerten keine Realwerte entsprechen, hängen Investitionen in die Realwirtschaft sehr wohl von den Entwicklungen der Finanzmärkte ab, die Arbeitsmärkte folgen diesen Entwicklungen nur noch. Und wenn die Blase platzt, wie 2008/09, werden die virtuellen Werte durch realwirtschaftliche ersetzt. Es kommt dann zu «Sparmaßnahmen», also zu einem Rückbau des Gemeinwesens, mit dem Ziel, die Wertverluste der Finanzmärkte auszugleichen.

In der derzeitigen Corona-Krise ist Ähnliches zu beobachten: Das Geld, das von der Regierung jetzt in den Erhalt der «systemrelevanten» Unternehmen gesteckt wird, wird absehbar in Zukunft dort fehlen, wo immer als Erstes gespart wird: im Sozialen, im Gesundheitswesen, in der Kultur, im Bildungsbereich, also in den gemeinwohlrelevantesten Bereichen der Gesellschaft. Gleichzeitig erleben wir eine globale Kapitalkonzentration bei sehr wenigen großen Digitalkonzernen, deren Geschäftsmodelle im Wesentlichen auf einer Monetarisierung kommunikativer und sozialer Beziehungen basieren, also auf einer Verwertung jener Gemeinsphäre, die wir alle mitschaffen und gestalten, jenseits von Staat und Markt.

Was hat all das mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zu tun? Wenn Arbeit nicht mehr die Quelle der Wertschöpfung ist, kann sie langfristig nicht Voraussetzung eines Einkommens sein, wenn dieses seinerseits eine Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe ist. Produktion ohne menschliche Arbeit und Gewinne ohne reale Wertschöpfung sind in westlichen Gesellschaften an der Tagesordnung. Zugleich erleben wir eine fortschreitende Kolonialisierung und Privatisierung gesellschaftlicher Räume und eine zunehmende Verwertbarmachung der sozialen und kulturellen Gemeinsphäre. Es wäre deshalb an der Zeit, eine Teilhabe der Gesellschaft an den privatisierten Gewinnen einzufordern, die unabhängig von der Teilhabe des Einzelnen am Arbeitsmarkt ist.

Diese Herleitung der Forderung wirft gewiss ihrerseits Probleme und Fragen auf, nicht zuletzt etwa nach der globalen «Arbeitsteilung». Doch wenn das Grundeinkommen nicht weiter bloß als schlecht durchdachte Alternative zur sozialen Absicherung durch Hartz IV verstanden werden soll, bedarf es einer Begründung, die es als Reformprojekt plausibel erscheinen lässt, nicht kontingent. Dass wir alle gern mehr Geld hätten, um aus dem Hamsterrad auszusteigen, nur noch unseren Neigungen nachzugehen und nachhaltiger zu leben, ist sicher unbestritten.